

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtstaken angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Bestellen annehmen an: in Berlin: A. Reiteneier, in Leipzig: Eugen
Söhl, H. Engler, in Hamburg: Hasenstein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchdr. u. Co.



Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchst geäußert: Dem ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Posen, Gr. v. Schneidler, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Geh. Regierungs-Rath v. Kerkersch-Borg zu Coblenz und dem Professor Dr. Lommel zu Wittenberg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Regierungs-Rath a. D. Suttinger zu Posen, dem Landrat des Kreises Rosenberg i. D. Schl. v. Studniq, dem Kreisgerichts-Rath Schneider I. zu Ramsau, dem Kreisgerichts-Rath a. D. v. Seckendorff zu Lau-
bau, dem Kreisgerichts-Sekretär Kloßsch zu Berlin, dem Corrector Grun in Rawicz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Kreis-Steuer-Einnehmer Ambrosius zu Sagan den R. Kronen-
Orden vierter Klasse und dem Schultheiß Klein zu Wriezen a. D. den Adler der vierten Klasse des R. Haus-Ordens von Hohenzollern,
dem em. Schultheiß Gueldernpfennig zu Burg, dem em. Schul-
lehrer Müller zu Sinsleben, dem Heilgehilfen Steinkle zu Wöl-
stein im Kreise Borsig, dem Weißbinnenvärter Soya auf Königs-
hütte und dem Häuer Scholz zu Waldenburg das Allgemeine Ehren-
zeichen, so wie dem Gärtner Fischer zu Radetow die Rettungs-
Medaille am Bande zu verleihen; ferner den bisherigen Orts-Vor-
steher Hobusa aus städtisch Wiek zum Bürgermeister der Stadt
Damgarten zu ernennen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 1. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Der Herr Minister erwiderte auf eine Interpellation des Abg. von Hennig, ob bei den Parlamentswahlen gedruckte oder me-
chanisch verbißtigte Stimmzettel zulässig seien, daß der-
artige Stimmzettel Gültigkeit hätten.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 31. Jan. Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron v. Prank werden am 2. Febr. in Begleitung des Grafen Taufkirchen und des Majors im Generalstabe, Baron v. Massenbach, zur Ministerkonferenz nach Stuttgart, die bekanntlich am 3. daselbst beginnt, abreisen. — Die Kammer der Abgeordneten wird sich, wie es heißt, wegen Beratung des Gewerbegegeses sechs Wochen vertagen. — Für die morgende Sitzung der Kammer der Reichsräthe stehen Interpellationen mehrerer Reichsräthe im Betreff der bayerischen Politik, so wie die Berichte des Finanzausschusses auf der Tagesordnung.

Wien, 31. Jan. Die "Wiener Abendpost" meldet: Nachdem die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen bis zu einem bestimmten Punkte gediehen sind, hat sich der Ministerialdirektor Delbrück nach Berlin begeben, wo seine Anwesenheit bei den Vorarbeiten zur Organierung des Norddeutschen Bundes dringend erforderlich ist; Herr v. Philippsborn wird bis zur Entscheidung über die noch obschwebenden Verhandlungen in Wien bleiben.

Paris, 30. Jan. Der "France" zufolge hat sich die Regierung entschlossen, die Rednertribüne in dem Sitzungssaale des gesetzgebenden Körpers wieder aufzustellen. Heute Morgen sei bereits mit der Arbeit begonnen worden. Nach demselben Journale soll die vorgängige Genehmigung zur Herausgabe von Zeitungen abgeschafft werden, das Vereinrecht für alle ökonomischen, geistigen und moralischen Interessen permanent sein; Wahlversammlungen sollen für die Dauer von 20 Tagen vor dem Wahltage gestattet sein. Der "Standard" enthält analoge Mitteilungen.

Frankfurt a. M., 31. Jan. Effecten-Societät. Matte Hal-
tung. Verkäufe auf Medio Februar drückt. Credit-Actien 151 à
151, 1860er Zoose nach der Ziehung 65, Amerikaner 76.

Wien, 31. Januar. Abendblätter. Sehr schwankende Hal-
tung. Credit-Actien 167,70, Nordbahn 163,00, 1860er Zoose nach
der Ziehung 85,70, 1864er Zoose 81,90, Staatsbahn 205,80, Czer-
nowitzer 185,00, Napoleon 10,46.

Paris, 31. Jan. Bankauswerts. Vermehrt: Baarvor-
rath um 5, Portefeuille um 41 $\frac{1}{2}$, Notenumlauf um 48 $\frac{1}{2}$, laufende Rechnungen der Privaten um 47 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs. Verminder-
t: Borschüsse auf Wertpapiere um 1 $\frac{1}{2}$ %, Guthaben des Schatzes um 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Francs.

London, 31. Jan. Bank-Ausweis. Notenumlauf 22,807,285
(Abnahme 111,680), Baarvorrath 18,890,422 (Abnahme 1126),
Notenreserven 10,109,835 (Abnahme 146,925) Pfds. St.

London, 31. Jan. Die Goldsendungen nach Paris dauern fort. Consols schlossen in folge dessen gestern flau. — Aus New-

Geschichte der französischen Nationalliteratur von ihren Anfängen bis auf die neueste Zeit. Von Fr. Kreyzig. Dritte Auflage. Berlin, Nicolaische Buch-
handlung. 1866.

Obgleich das vortreffliche Buch zunächst sich an die höheren Schulen wendet und für sie bestimmt ist, nehmen wir doch hier Veranlassung, es ebenso Allen, die sich für die Entwicklung des französischen Cultur- und Literaturlebens interessiren, zum Selbststudium angeleitet zu empfehlen. Die selbständigen Einleitungen zum ganzen Werke wie zu jedem einzelnen Capitel liefern ein ausgezeichnetes Beispiel für die prägnante Darstellungskunst ihres Verfassers. Auf wenigen Seiten entrollt er in ihnen ein Bild der betreffenden Periode, nicht einseitig nur die literarischen Schöpfungen berücksichtigend, sondern auch die gesichtlichen und Culturmomente zusammenfassend zu einer wenn auch nicht erschöpfenden, so doch klaren und scharfen Characteristik der geschichteten Zeit und ihrer Bestrebungen.

Schließt sich, wie der Verfasser auch beabsichtigt, seine Arbeit genau an den Gang der geschichtlichen Ereignisse, bringt den behandelten Stoff in eine innige Verbindung mit der lebendigen Entwicklung des Staats und seiner Bevölkerung und verleiht so dem Studium der französischen Literaturohistoie ein höheres, stets rege erhaltenes Interesse. Eine rein historische Einleitung, welche indessen die aus der Mischung keltischer, romanischer und deutscher Race hervorgegangene eigenthümliche Bildung des Volkes und seiner Sprache besonders ins Auge faßt, führt uns aus dem frühesten Mittelalter bis in die Zeit, zu welcher das Gebiet des

Vor vom 30. d. Abds. wird gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109, Goldgros 35, Bonds 107 $\frac{1}{2}$, Illinois 114, Griebahn 55 $\frac{1}{2}$, Baumwolle 34 $\frac{1}{2}$. Rohes Petroleum flau 19 $\frac{1}{2}$, raffiniertes 29.

Ein Brief des Abgeordneten Twisten bet. die Langerhans'sche Niede.

Der gestern bereits erwähnte Brief des Abgeordneten Twisten an das hiesige Wahlcomite lautet wie folgt:

Gestatten Sie mir über die mir von Ihnen zugestellte Niede des Herrn Dr. Langerhans einige Bemerkungen. Die Verhältnisse, unter denen ich in Danzig als Candidat für das Norddeutsche Parlament aufgestellt bin, sind mir etwas anders geschildert worden, als Herr Langerhans sie darstellt. Indessen das kann ich Ihnen überlassen.

"Bisher hat aber die nationale Fraction des Abgeordnetenhauses keine gesonderte Stellung bei den Wahlen eingenommen. Wenn selbstverständlich jede Schattirung der großen liberalen Partei die Candidaten durchzusezen sucht, welche ihren Anschaungen am meisten entsprechen, so haben doch bisher Mitglieder der neuen nationalen Fraction und der alten Fortschrittspartei im Centralcomite, wie in den einzelnen Wahlkreisen gemeinsam für die gemeinsame Sache gewirkt; auf die Länge würde das freilich kaum möglich bleiben, wenn ein Theil der Partei gegen den andern auftritt, wie Herr Langerhans es gegen uns gethan.

"Was die von ihm erwähnten Vorgänge im Abgeordnetenhaus betrifft, so behauptet er zuvörderst: "Die 24 Herren der national-liberalen Fraction" hätten den Ausschlag für das Indemnitätsgegeset gegeben. Das ist handgreiflich unwahr. Da das Gesetz mit 230 Stimmen gegen 75 votirt wurde, konnten nicht 24 Stimmen den Ausschlag geben. Aber als die Indemnität am 3. September v. J. vom Abgeordnetenhaus ertheilt wurde, existirte die nationale Fraction noch gar nicht. Erst während der Verhandlungen über das Indemnitätsgegeset traten die Herren v. Unruh, Möppel, Michaelis und ich aus der Fortschrittspartei aus, und viele Mitglieder der letzteren, die auch jetzt noch in ihr geblieben sind, stimmten dafür, wie die Herren Dr. Löwe, Dunker (Eigentümer der "Volkszeitung"), Dr. Kosch, v. Kirchmann. Erst nach der Vertagung der Kammern, um Mitte November, trat die neue Fraction zusammen.

"Ahnlich verbahlt es sich mit dem Dotationsgegeset. Auch dieses wurde mit 219 Stimmen gegen 80 angenommen. In der Minorität befanden sich außer den Polen ic. nur ein Theil der Fortschrittspartei. Die meisten Mitglieder der Fortschritts-
partei aber (v. Hoverbeck, Waldeck, Birchow, Schulze-Delitsch, Claffen-Kappelmann) wollten die geforderten 1 $\frac{1}{2}$ Millionen bewilligen, nur die Minister v. Bismarck und v. Roon ausschließen. Ich weiß nicht, wie Herr Langerhans sich zu denen stellen will, den er noch jetzt als seine Parteigenossen bezeichnet; den Einwand, daß für die Invaliden aus dem letzten Kriege zu sorgen, kann jedenfalls Niemand erheben, der den Landtags-Verhandlungen der letzten Jahre gefolgt ist; denn für die Invaliden der letzten Kriege und für die Hinterbliebenen der Gefallenen ist jetzt gesorgt, wie es bisher in Preußen nie geschehen war und wie es in wenigen Ländern Europas geschieht. Die Majorität des Hauses hat sich der alten Sitte angeschlossen, nach welcher — wie es auch nach den Freiheitskriegen geschah — glänzende politische und militärische Erfolge außerordentlich belohnt zu werden pflegen, und hat geglaubt, bei der Vertheilung der Nationalbelohnung die Männer nicht ausschließen zu dürfen, welche an der Vorbereitung und Herbeiführung der großen Erfolge die Hauptarbeit gehabt, den Grafen v. Bismarck und Herrn v. Roon.

"Gänzlich unverständlich ist mir die Behauptung des Herrn Langerhans, daß die national-liberalen Partei in der Budgetfrage über die Heeres-Reorganisation hinweggegangen und dahin gewirkt habe, daß die Neorganisatior auch den neuen Landesheeren octrohrt sei und ihnen schwere Opfer auferlege. Niemand im ganzen Hause hat einen Versuch gemacht, auf die Militär-Einrichtungen in den neuen Provinzen einzuwirken, man könnte es auch nicht, da vor Einführung unserer Verfaßung daselbst dem Abgeordnetenhaus keine Einwirkung zusteht. Uebrigens sind auch wohl Alle

arelatischen Königreichs sich auch sprachlich vom Norden Frankreichs (Langue d'oc und Langue d'oïl) schied. Dann macht eine getheilte Betrachtung uns erst die provencalische Nationalität mit ihrer Poësie, sodann das nordfranzösische Volk, die Sitten und Formen seines Nitterlebens, bekannt. Aber die Literatur bewahrt aus jener Zeit keine oder fast keine Denkmale auf, denn der Eid Ludwigs des Deutschen (842) und ein Lehrbuch der Altigenen sind die einzigen erhaltenen schriftlichen Documente. Erst mit dem Ende des 11. Jahrhunderts läßt sich die französische Literatur in der Schriftsprache verfolgen und von hier ab bleibt das Buch ihr ein treuer, unermüdlicher Begleiter und Erläuterer bis zu den neuesten Leistungen ihrer Dumas fils, Balzac, Renan, Mad. de Girardin.

Natürlich mußte das Urtheil über jeden Einzelnen ein gebrängtes, wenige Hauptwerke berücksichtigendes werden, damit das Buch nicht einen für den Schulgebrauch unzweckmäßigen Umfang erreiche. Doch hat die Kritik der hervorragendsten Größen des literarischen Frankreichs, so Corneille, Racine, Voltaire, so Chateaubriand, B. Hugo, G. Sand u. A. darunter nicht gelitten, ihnen widmet der Verfasser ausführliche und gediegene Betrachtungen, während über manche andere beim Nachschlagen die nöthige orientirende Auskunft ertheilt wird.

Das Werk ist deutsch geschrieben, jedoch mit der praktischen Rücksicht, seinen Text zur Uebersetzung ins Französische zu benutzen. Es erleichtert diese Aufgabe durch zahlreiche Noten, welche dem Studirenden bei mehrdeutigen Ausdrücken und bestimmten Sagbildungen das treffende französische

parüber einverstanden, daß die neuen Provinzen die gleiche Militärlast mit den alten tragen müssen.

Ferner waren Alle, auch die Herren Jacoby und Waldeck, darüber einig, daß unter den jetzigen politischen Verhältnissen eine Streichung der Neorganisations-Ausgaben im Budget unmöglich war, daß die geforderten Summen ohne wesentliche Änderung bewilligt werden mußten. Wir Alle gemeinschaftlich haben die von Hrn. Waldeck entworfene Resolution angenommen, daß aus der jetzigen Bewilligung kein Verzicht auf die gesetzliche Regelung der Militärfrage und auf die künftige Minderung der Militärlast gefolgt werden dürfe, und wir Alle gemeinschaftlich haben demnächst die geforderten Summen bewilligt. Ich wünschte, daß die einzelnen Positionen des Etats wie gewöhnlich durchberaten und dabei etwa 600,000 R. gestrichen würden, welche für eine abermalsige Vermehrung der Cavallerie gefordert waren, drang aber damit nicht durch. Das Haus beschloß statt dessen, den ganzen Militairetat als Pauschquantum zu bewilligen; die Conservativen und Altliberalen wollten dadurch unangenehme Erörterungen über Einzelheiten vermeiden; einige Mitglieder der Fortschrittspartei sahen darin einen weiteren symbolischen Biderspruch gegen die Anerkennung der Neorganisation. Das schien mir neben der gefassten Resolution höchst gleichgültig; indessen die meisten Mitglieder der nationalen Fraction waren gleichfalls für das Pauschquantum. Die Ordnung der Militärfrage ist daher noch nicht von der Tagesordnung gestrichen, jedenfalls aber nicht durch die national-liberale Partei.

Die Hyperbel, das wir mit den Feudalen gegen die alten Freunde gestimmt, hätte Hrn. Langerhans sich wohl ersparen können, wenn er bemerkte oder sich erinnert hätte, daß wir bei der Feststellung des Budgets wie bei der Beratung von Gesetzen durchgängig mit der Fortschrittspartei gestimmt, hier in der That häufig den Ausschlag gegen die Conservativen gegeben und mit unsern Anträgen und Reden überall in der vorderen Reihe gestanden haben, wo es galt, die Rechte des Volkes wahrzunehmen, zu üben, zu festigen, oder Maßregeln der Regierung, die wir missbilligten, rücksichtlos zu bekämpfen.

Wenn Herr Langerhans uns tadeln, daß wir mit Bewußtsein aus der Fortschrittspartei ausgetreten, und allerlei wunderliche Motive dafür zusammenstellt, so muß ich auf die Gefahr hin, Sie zu ermünden, noch einmal ein paar Worte darüber sagen. Im Beginne der Session wurde in der Fortschrittspartei ein Abrechentwurf vorgelegt und von einer wenn auch nur geringen Majorität angenommen, welcher die Fortsetzung des Verfassungsconflicts und den Bruch zwischen Regierung und Volksvertretung zur Folge gehabt hätte, falls er im Abgeordnetenhaus angenommen wäre. Dieser Entwurf wurde von der Fortschrittspartei selbst aufgegeben, aber die Ansicht, aus welcher er hervorgegangen, wurde von einem Theile der Fraction bei den großen politischen Fragen immer von Neuem geltend gemacht. In diesem Sinne stimmte ein Theil der Fraction gegen das Indemnitätsgegeset, ein Theil gegen das ganze Budget, ein Theil, wie die Herren Jacoby, Dunker, Bresgen, Claffen-Kappelmann, sogar gegen die Annexionen von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und Schleswig-Holstein. Nun können ohne Zweifel liberale Männer in einigen Dingen zusammen wirken, in anderen verschiedener Meinung sein. Wenn aber in einer parlamentarischen Fraction die Mitglieder jede wichtige Frage von entgegengesetzten Standpunkten aus behandeln, wenn mehrjährige Debatten in der Fraction wieder und wieder damit endigen, daß ein Theil ja und ein Theil nein stimmt, dann hat die Fraction in meinen Augen keinen Sinn mehr. Das äußerliche Zusammenbleiben ermöglicht kein gemeinsames Handeln, es beeinträchtigt und gefährdet die parlamentarischen Verhandlungen. Das ist der einfache Grund, warum ich aus der Fraction der Fortschrittspartei ausgetreten bin, und warum Andere dasselbe gethan haben. Wir traten dann in der Überzeugung zusammen, daß nicht um früheren Unrechts und früherer Verwürfnisse willen ein Streit erneut werden darf, welcher dem Staat und Volk zum Schaden gereichen würde, daß wir dafür verantwortlich, unter den gegebenen Verhältnissen das zu thun, zu halten und zu erreichen, was dem Vaterlande heilsam. Ich frage, was

Werk und die eigenhümliche correcte Wendung liefern. Ohne Zweifel eignet er sich durch eine so unterstützte Uebung, besonders beim Selbsteunterricht, eine Formgewandtheit in dem fremden Idiom an, die sonst nur viel schwieriger durch peinlichen Unterricht oder Lectüre zu erreichen wäre und sammelt durch eine Arbeit doppelte Kenntnisse sowohl auf sprachlichem als auch auf literarhistorischem Gebiete.

So hat denn das Buch, durch seine vielen Vorzüge empfohlen, bereits seinen Weg in den höheren Schulunterricht gefunden, und erlebt jetzt schon seine dritte Auflage. Dieselbe hat von den beiden früheren den Vorzug der Fortschaltung des Werkes bis auf die jüngste Zeit, sie ist dem Zwecke der Rücküberzeugung ins Französische noch besser als die früheren angepaßt worden und hat manche Ungenauigkeiten jener zu entfernen gesucht. Wie Kreyzig im Vorwort ankündigt, arbeitet er an einer Anthologie, welche in genauem Anschluß an das vorliegende Werk größere ausgewählte Lesestücke aus den hervorragendsten Schriftstellern des 17., 18., 19. Jahrhunderts enthalten soll. Wenn nun auch diese Sammlung als sehr erwünschte und nützliche Ergänzung betrachtet werden darf, so können wir auch ohne dasselbe Kreyzigs Buch als eine Arbeit empfehlen, die auf dem geringen Umfange von 350 Seiten dem Leser ein vollständiges, übersichtliches und instructives Bild der französischen Geistes- und Sprachentwicklung von der Zeit der Kreuzzüge bis auf die moderne Sa-
lonliteratur bietet. Auch der lernbegierige Dilettant wird aus ihm seine Kenntnisse und Anschauungen wesentlich erweitern, ohne durch die Trockenheit, die sonst Schulbüchern anzuhaf-
ten pflegt, gelangweilt und ermüdet zu werden.

würde geschehen sein, wenn die Majorität des Abgeordnetenhauses das Indemnitätsgesetz, das Budget, die Annexion der eroberten Länder verwerfen hätte? Wäre die Regierung abgetreten? Wären die Eroberungen rückgängig gemacht? Ich glaube, die Regierung hätte ihren Weg fortgesetzt, hätte Volksvertretung und Verfassung nicht weiter beachtet, ein großer Theil des preußischen Volkes hätte sich dann wie nach 1849 der Theilnahme am öffentlichen Leben enthalten, und dieselbe Folge wie 1849 wäre eingetreten: eine das Volk tief schädigende Periode der Reaction. Zu dieser Consequenz führt eine Ansicht, welche vor einiger Zeit ein Artikel des von den Herren Jacoby, Langerhans und Anderen begründeten Blattes: "Die Zukunft", aus sprach. Da ward geradezu die Forderung aufgestellt, die Mitglieder des Norddeutschen Parlaments sollten mit der gegenwärtigen Regierung gar nicht verhandeln. Mitglieder, die so denken, halte ich allerdings im Parlament für überflüssig. Nach seiner Rede scheint auch Hr. Langerhans diesen Standpunkt nicht zu teilen. Läßt sich aber ein liberaler Mann auf die Verhandlungen im Parlamente ein, so wird er die thatfächlichen Zustände beachten müssen; und so schwierig die Abwägung im Einzelnen werden mag, würde doch der leitende Grundsatz für Hrn. Langerhans und mich derselbe sein müssen, nämlich: das zu fördern, was der Machtstellung des preußischen Staates und dem Fortschritt der deutschen Einheit kommt, und nichts zuzulassen, was die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes schmälern oder die Einwirkung des Volkes auf die öffentlichen Angelegenheiten illusorisch machen könnte.

"Von der Einführung der Reichsverfassung von 1849 oder von der Abschaffung der stehenden Heere wird im Parlament gewiss nicht die Rede sein. Die liberale Partei wird Mühe genug haben, die bestehenden politischen Rechte des Volkes und der Volksvertretung zu wahren; und ich für meine Person bin vollkommen entschlossen, lieber auf jede Bundesverfassung neben der preußischen zu verzichten, als ein Zurückdrängen von den bis jetzt behaupteten Positionen zuzulassen. Den Mut, da ziemlich fest zu stehen, wo ich glaube, stehen zu müssen, mögen Sie mir zutrauen; nur zu einem Dinge werden Sie nie Mut bei mir finden, das ist: zu leerer Renommierung, und als solche betrachte ich es, wenn Grundätze proclamirt werden, die den Thatsachen nicht entsprechen, wenn Versprechungen gegeben oder Forderungen aufgestellt werden, die nicht durchführbar sind. Das ist zwar eine leichte, aber auch eine schlechte Art, Politik zu treiben. Große Worte, denen man keinen Nachdruck zu geben vermag, demoralisieren die eigene Partei und arbeiten den Gegnern in die Hände.

Berlin, 30. Januar 1867.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Twesten."

Wir haben diesem Briefe nichts hinzuzufügen. Wer mit dieser klaren und würdigen Ausführung die Rede des Hrn. Dr. Langerhans vergleicht, wer da erwägt, daß hinter diesen Worten eine Vergangenheit steht, wie die Twestens — der kann gewiß nicht länger zweifelhaft sein über das, was er zu thun hat.

Landtagsverhandlungen.

22. Sitzung des Herrenhauses am 31. Januar.
Die Tribunen sind leer. Es werden ohne Debatte angenommen: das Gesetz, betr. das preuß. Medicinalgewicht, das Gesetz betr. die den gemeinnützigen Actien-Baugesellschaften zu bewilligende Sportel- und Stempelfreiheit, und betr. die Bestrafung der unbefugten Anrechnung von Bernstein. — Eine Petition des Pommerschen Lehrverbundes um Erhöhung des Gehaltes der Volkschullehrer wird der Regierung überwiesen. — Ueber eine Petition des Kaufmann Girndt, ein an den König gerichtetes Schreiben an seine Adresse zu befördern, wird zur T.-D. übergegangen. — Eine Petition des Premierlieutenants v. Kraewell: "Das Herrenhaus wolle das hin wirken, daß im § 240 des Strafgesetzbuchs: 'Wer öffentlich Thiere quält ic.', das Wort 'öffentliche' weglasses, wird der Staatsregierung überwiesen. — Ueber die Petition der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin, betr. das Gesetz über die Pflichten der Handelsmänner, wird zur T.-D. übergegangen. — Vom Landrat a. D. v. Kröcher ist die Petition eingegangen, durch die Gesetzgebung mehr als bisher auf eine größere Heiligung des Sonntags hinzuwirken. Die Commission beantragt: "Das Herrenhaus wolle beschließen, die Petition der Staatsregierung zu überweisen, mit dem Anhingeben, auf strengere Handhabung der bestehenden Gesetze hinzuwirken, in soweit sich in dieser Richtung ein Bedürfnis hierzu herausstellt." Herr v. Senft-Pilsach motiviert diesen Antrag, indem er sich u. A. auf die Autorität Alexander v. Humboldt's für die Sonntagshiligung beruft. Herr v. Kleist-Nestor befürwortet gleichfalls den Antrag und richtet den Wunsch an die Staatsregierung, Einrichtungen zu treffen, damit der Brennereibetrieb auch Nachts betrieben werde und so die Sonntagnachtfeier leichter vermieden werden könne. — Der Antrag wird angenommen. — Nächste Sitzung: Freitag.

Politische Uebersicht.

Die "Kreuzztg." ist sehr entrüstet über den von sämtlichen liberalen Fraktionen gemäß dem Antrage des Abg. v. Winck gefassten Beschluss: an die Bewilligung der 24 Millionen Eisenbahnanleihe die Bedingung zu knüpfen, daß die Bahnen nur mit Genehmigung der Landesvertretung verpachtet oder veräußert werden. Sie schreibt: „Die Herren Minister haben nach der Abstimmung sich nicht mehr ausgesprochen; wir wünschen aber dringend, daß sie an ihrer vorher klar aufgestellten Position festhalten. Wollten sie — aus Nützlichkeitsgründen — doch nachgeben, so kämen wir auf eine abschließige Bahn, so daß schließlich jedes Verfügungrecht der Regierung aufhören und damit das Abgeordnetenhaus regieren würde. Nach Schleswig oder nach Königgrätz würde dann Sr. M. Armee allerdings nicht mehr marschieren können, falls — die Herren Birchow, Lasker und Genossen etwa anderer Meinung sein sollten. Quo ruitis, generosa domus? — Nunächst wünschen wir dringend, daß das Herrenhaus — ob es auch einen „Conflict“ gäbe, die Klausel der Abgeordneten nicht annimme. Eine schädliche Concession ist viel schlimmer als ein Conflict. Dieser ist heilbar, diese bringt fortwährend immer größeren Nachtheil. Selbst wenn diese Eisenbahnen nicht zu Stande kämen für dieses Jahr — lieber noch länger auf einem Geleise nach Osten, als mit Courierzug in den äußersten Parlamentarismus.“

Wir sind gespannt darauf, ob die Regierung dieses Raisonnement sich zu eigen machen werde.

Nach einem Telegramm der "Bef.-Z." hat Preußen Separat-Verhandlungen mit einzelnen süddeutschen Staaten mit Hinweisung auf den Art. 4 des Prager Friedens vorläufig abgelehnt und die Notwendigkeit vorgängiger Einigung derselben untereinander hervorgehoben.

Man schreibt der "Kreuzztg." aus Paris: „Wie es heißt, ist es beschlossene Sache, den constitutionellen Brechtigungen des Senates eine Erweiterung zu geben. Bis jetzt hat er, was die in der Kammer votirten Gesetze betrifft, nur die Mission, zu prüfen, ob ein solches Gesetz mit dem Geiste und Wortsinn der Verfassung im Widerspruch stehe. Ist dies nicht der Fall, so ist es seine Pflicht, dasselbe gut zu heissen. In Zukunft soll er berechtigt sein, die Gesetzesvorschläge nach allen Seiten hin zu prüfen und beziehungsweise zu amändern und zu verwerten. Also in dieser Beziehung ein vollkommenes Zweitsystems. Das Gericht fügt hinzu, der Senat werde auch befugt sein, auf Grund der bei ihm einlaufenden Petitionen, „Wünsche“ zu formuliren.“

† Berlin, 31. Jan. Bei der vorgestrigen Abstimmung über die Eisenbahn Köslin-Danzig befanden sich diejenigen Mitglieder der liberalen Partei, die der Vorlage wohlwollten und das Wohl des betr. Landesteiles befördern wollten, in einer üblichen Lage. Nachdem die Commission den § 2 einzufügen in das Gesetz aufgenommen, welcher ein Prinzip enthält, das früher nie bestritten war, und welches die Staatsregierung jederzeit adoptiren kann, hielten sich die meisten Mitglieder der liberalen Partei rechtlich verbunden, dem § 2 zuzustimmen. Als aber der § 2 gefallen, glaubten viele deswegen die Vorlage nicht verwerten zu dürfen. Deshalb stimmten viele Mitglieder der liberalen Partei, u. A. die Abg. v. Hoverbeck, Twesten, Lent, Weese, Senff, Lasse, v. Saucken, bei der Schlafabstimmung für das ganze Gesetz.

— In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses ist folgende Interpellation des Abg. v. Hennig eingereicht und auf die nächste Tagessordnung gesetzt worden: „An die Kgl. Staatsregierung richte ich die Frage: Ob es nach Auffassung der Kgl. Staatsregierung gestattet ist, daß bei der bevorstehenden Wahl zum Norddeutschen Parlament gedruckt oder auf andere Art mechanisch vervielfältigte Stimmentzettel abgegeben werden? — Motive: Nach meiner Ansicht schließt das von der Kgl. Staatsregierung erlassene Reglement die Abgabe von gedruckten oder auf andere Art mechanisch vervielfältigten Stimmentzetteln zwar keineswegs aus; es bestehen aber zur Zeit noch immer Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt. Die Wichtigkeit der Frage scheint eine officielle und für Handhabung der Wahlen maßgebende Erklärung seitens der Kgl. Staatsregierung zu erfordern.“

— (N. A. B.) Die Handels- und Justiz-Commissionen des Abgeordnetenhauses beriehen heute Vormittag über die Petition des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg i. Pr. wegen Änderung der Vorschriften über Insinuationen an Ausländer, event. Beschaffung anderer Abhilfe, da es häufig vorkomme, daß Wechsel-Ausprüche an russische Unterthanen verloren gingen, weil die Insinuation der Klage innerhalb der festgesetzten Verjährungsfrist von 3 Monaten oft auf diplomatischem Wege nicht erfolgen könne. Der Vertreter der K. Staatsregierung, Geh. Justizrat Dr. Pape, erklärt sich für Übergang zur Tages-Ordnung, während die Ref., die Abg. Dr. Hammacher und Lasse, übereinstimmend empfehlen, die Petition der K. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und zwar in dem Sinne, daß die K. Staatsregierung Veranlassung nehme, mit der Kaisel. russischen Regierung eine ähnliche Convention zu schließen, resp. derselbe anzubahnen suche, wie sie im Jahr 1864 in Betreff Polens zu Stande gekommen sei, so daß zwischen den diesseitigen und den russischen Gerichten ein direkter Verkehr stattfinde. Dies habe sich in der Praxis bewährt; dagegen läßt man Änderungen der geleglichen Vorschriften über die Insinuationen ohne vorhergehende Reform der sonstigen Vorschriften der Prozeß-Ordnung nicht bestimmen. Nach langerer Discussion wurden die Anträge der Referenten von der Commission angenommen und der Abg. Lasse mit der Berichterstattung für das Plenum beauftragt.

— Die "Nat. Ztg." schreibt: Hr. Dr. Lasker, von einem Theile der Wähler wiederholt aufgesordert, im IV. Berliner Wahlbezirk zu kandidieren, hat dies entschieden abgelehnt, weil er bereits die Kandidatur im I. Berliner Wahlbezirk angenommen und weil er die liberale Partei im IV. Bezirk nicht sprechen will. Wie uns mitgetheilt wird, wird Hr. Lasker für den Fall, daß trotzdem an seiner Kandidatur festzuhalten versucht wird, zwar der Einladung zu einer in Aussicht genommenen allgemeinen Versammlung jenes Bezirks folgen und sprechen, jedoch nur mit dem festen Entschluß, die etwaigen Spaltungen der liberalen Partei jenes Bezirks, so viel an ihm liegt, zu beseitigen.

— Einem am 17. Nov. v. J. datirten Briefe aus Honolulu entnehmen Californier Zeitungen folgende Mitteilung: Vor einigen Wochen kam die preußische Corvette "Vineta", Capt. Kuhn, hier an; ein schönes Schiff mit Gußstahlkanonen und Bündnadelgewehren, und mit einer musterhaften, gegen englische und französische Matrosen vortheilhaft abstehenden Besatzung. Die Offiziere bestanden meist aus jungen lustigen Leuten und da gab es viel Leben. Festkleider aller Art wurden veranstaltet, unter denen ein Ball, von den hiesigen deutschen Kaufleuten veranstaltet, den Ruf hat, der splendideste, bestarrangteste und bestbesuchteste Ball hier gewesen zu sein. Vor acht Tagen ist die "Vineta" nach Shanghai abgegangen.

Oesterreich. Wien, 30. Jan. (B.- u. H.-Z.) Die Boll-Verhandlungen mit Preußen sind vertagt, für ihre Wiederaufnahme aber im Voraus ein bestimmter Termin anberaumt worden.

England. Von starken Regengüssen begleitet, hat das Thauwetter allenthalben ein starkes Steigen der Gewässer und an vielen Stellen Überschwemmungen im Gefolge gehabt. Am härtesten ist wieder die Grafschaft York getroffen worden. Große Strecken, so weit das Auge reicht, stehen unter Wasser, Bäume und halb zerstörte Dächer ragen hier und dort über die weite Fläche hervor. Auf der Bahnlinie von York nach Scarborough gehen auf dem erhöhten Damme die Böge fahrt durchs Wasser, stets eine Locomotive in einiger Entfernung als Piloten vor sich. Die Noth wird sich bald einstellen, wo die Berstung gewöhnt hat und die Fabriken außer Thätigkeit sind, und bei dem allseitigen Elende haben die Unglückschen nicht einmal viele Aussicht auf die Mildtätigkeit der begüterten Klassen.

Frankreich. Paris, 29. Jan. Die "France" wehklagt heute wieder über die sichtbaren Fortschritte der deutschen Einheit, welche zunächst das arme Frankreich bedrohen, aber auch alle bisherigen Machtverhältnisse in Europa verschoben. Sie fügt jedoch zum Trost die Sicherung hinzu, daß Marshall Niel sich eifrig mit einer Arbeit über Frankreichs feste Plätze beschäftige; auch lasse er Auskunft über Bauanlagen, dessen Biographie er zu schreiben beabsichtige.

— Heute ist der Hochzeitstag des Kaisers und der Kaiserin. In den Tuilerien findet dieserhalb ein Familien-

fest statt; es sind jetzt 14 Jahre her; die Kaiserin wird auf 27 Jahre alt.

— Man ist in Paris sehr gespannt auf das Preßgesetz über das bis auf die Concessions-Einhaltung im Cabinet bereits Einstimmigkeit herrschen soll. Der "France" zufolge werden die Hauptartikel dieses Gesetzes dahin gehen: 1) Wer ein Blatt gründen will, hat in Paris im Ministerium des Innern, in den Departements auf der Präfectur eine Declaration einzureichen; 2) die Verantwortlichkeit der Herausgeber soll mit der des Buchdruckers und Verfasser kombiniert werden; 3) die Caution wird auf 100,000 Fr. für Pariser Blätter erhöht, und 4) die Stempelsteuer ermäßigt; 5) die Gerichte können Sequestrierung und Unterdrückung nach einer bestimmten Anzahl von Verurtheilungen oder in besonderen bestimmtigen Einzelfällen aussprechen; 6) die Strafen auf Leibhaftigkeit sollen bedeutend gemildert, die Geldstrafen erhöht werden; 7) die Pflicht, die Artikel zu unterzeichnen, besteht fort. Wenn diese Bestimmungen Gesetzeskraft erhalten und die Gerichte dieselben gewissenhaft und unbedenklich auslegen, so ist diese Reform allerdings ein Fortschritt.

— Die japanische Regierung läßt sich jetzt auf den Werften von "La Seyne" bei Toulon die erste Panzer-Fregatte, die den Namen "Taikun" führen wird, erbauen. Die Constructeure haben zugleich von der französischen Marine-Verwaltung die Erlaubnis erhalten, auch die artilleristische Ausrüstung mit zu besorgen. Es werden nur 6 Kanonen größten Kalibers geliefert, von denen jede 60,000 Fr. incl. der Lafette kostet und im Stande ist, Geschosse von 350 und 450 Pfund zu schleudern. Der Gesamtpreis des Fahrzeuges ist auf 3,500,000 Fr. festgesetzt.

Italien. Auf Garibaldis Anregung haben die Deputirten der Linken ein philhellenisches Comité gebildet, das zu prinzipiellen Zustimmungen und Beiträgen an Geld und Gedenkwerth alle Italiener aufruft, "welche sich Freunde der Menschlichkeit und Bildung nennen". Eine Generalversammlung soll später angeordnet werden. Wie die "Italie" wissen will, ist "sehr ernstlich" die Rede davon, auf Kreta eine halbunabhängige, jedoch der Pforte noch unterhängige Regierung wie die in Rumänien und Ägypten zu bilden; die diplomatischen Verhandlungen sind, wenn die "Italie" sich keine Illusionen macht, in vollem Gange, und das Florentiner Cabinet ist thätig dabei, den hellenischen Bewohnerungen die günstigsten Bedingungen zu erwirken. Also in eine halbunabhängige Staatengruppe soll die europäische Türkei aufgelöst werden!

— Das Liebäugeln mit Wien und das Heirathsprojekt des Thronfolgers, wodurch die Erfahrungen, welche Frankreich mit österreichischen Erzherzoginnen gemacht hat, auch dem modernen Italien wiederum auferlegt werden sollen, haben den Ex-Großherzog von Toscana ermuntert, eine Rechnung bei der italienischen Regierung von circa 50 Millionen einzureichen, die baar oder in Gegenständen, welche er als sein Eigentum beansprucht, zurückgestattet werden sollen. Gold und Silber, Edelsteine, Möbel, kostbare Bilder, darunter drei Raphaels, kurz, was an exquisiten Kostbarkeiten in Palästen und Häusern in Florenz ist, verlangt er als sein Privat-Eigentum zurück und hat auch bereits zur Bequemlichkeit der italienischen Regierung eine Commission ernannt, welche die reklamierten Kostbarkeiten auswählen und fortschaffen soll.

Schweden. Stockholm, 23. Jan. Die schwedischen Reichstagsmänner haben sich dahin geeinigt, während des Reichstages keine Uniform zu tragen. Der König soll zu erkennen gegeben haben, daß er nichts dagegen einwenden würde, wenn die als Reichstagsmänner fungirenden Offiziere bei der königl. Tafel oder bei sonstigen Festlichkeiten in Civil erscheinen.

(H. Nachr.)

Danzig, 1. Februar.

* Für die zu bauende Eisenbahn von Köslin nach Danzig sind folgende Bahnhöfe in Aussicht genommen: 1) Köslin (Bahnhof bleibt unverändert.) 2) Schöben (Banow). 3) Karwitz (Rügenwalde). 4) Schwane. 5) Bütow. 6) Stolp (Stolpmünde). 7) Hebrion-Damnius (Leba). 8) Pottangow. 9) Lauenburg. 10) Aukerholz. 11) Neustadt. 12) Rheda. 13) Kielau. 14) Boppot. 15) Oliva. 16) Langfuhr 17) Danzig.

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 31. Jan.] Am 18. Oktober v. J. lehrten mehrere Wehrleute, darunter der Schneidermeister Thun, der Eigentümer Wolff und der Kriegssohn Krebs aus Koszeyn, von der Control-Versammlung in Stendis kommend, in den Derra'schen Krieg in Gollubien ein. Sie forderten in ungefährer Weise Branntwein, dessen Verabreichung Derra mit dem Be- merken verweigerte, daß sie dort Standort machen könnten, wo sie sich betrunknen hätten. In Folge dessen schimpfte Krebs den Derra polnischer Hund und drohte ihm, sich den Schnaps selbst zu nehmen. In diesem Augenblick trat der Knecht des Derra, Brzezynski, in die Kugelstube. Er trat sofort dem Krebs entgegen, der ihn packte und wobei es zu einem Handgemenge kam und Br. einige Stockhiebe erhielt. Die Kugel wurde indeß bald wieder hergestellt. Jetzt lief Br. nach der Ecke der Gangstühre, holte von dort eine Wagenrunde, und während die Wehrleute ganz ruhig und vereinzelt im Zimmer standen, schlug er mit der Wagenrunde auf sie los. Den ersten Schlag erhielt Thun, den zweiten Wolff und den dritten Krebs. Alle drei stürzten nach dem Schlag bewußtlos zu Boden. In diesem Zustande bat Br. dem Wolff noch einen Schlag auf den Leib versezt. Thun ist am folgenden Abende verstorben, nach dem Gutachten der Gerichtsarzte in Folge einer Schädelfraktur. Wolff, welcher 3 Stunden bewußtlos gelegen hatte, hat 2 Fleischwunden, die er wohl beim Handgemenge erhalten haben wird, und Krebs nur eine unbedeutende Gehirnerschütterung davongetragen. Br. ist der vorläufigen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode und zweier Körperverletzung angeklagt. Nach seiner Erzählung ist er von den Wehrleuten angegriffen und gemeldet worden. Hierdurch erhielt er eine Wagenrunde ergriffen und auf seine Angreifer losgeschlagen. Wen er getroffen, und ob Thun, Krebs und Wolff in Folge seiner Hiebe zu Boden gestürzt seien, will er gar nicht wissen. Die Vertheidigung beantragte die Freisprechung des Br., indem sie ausführte, daß derselbe sich in Nothwehr befunden und die Grenzen derselben nur aus Furcht und Bestürzung überschritten hätte; event. beantragt sie eine mildnernde Umstände. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, verneinten die Nothwehr, bejahten aber die Frage auf mildernde Umstände. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und 20 Pf. Geldbuße event. noch 14 Tage Gefängnis.

* [Traject über die Weichsel.] Bei Terespol-Culm per Kahn bei Tag und Nacht; bei Warlubien-Grandenz unterbrochen; bei Czermink-Marienwerder auf Brettern über die Eldecke nur bei Tage.

— Pr. Stargardt, 20. Jan. Mit dem Schnee, den wir hier in Massen hatten, und dem Frost verläßt uns gleichzeitig ein anderer, von uns aber gern gesuchter Gatt, der Theater-Director Stoessel, der heute die letzte Vorstellung giebt und dann nach Dirschau, nicht nach Berent, überseidet, da ihn schon früher eingangs Verbindlichkeiten an die erste Stadt fesseln. Bei seinem Scheiden können wir, auf die von ihm gegebenen Vorstellungen rückblickend, nicht unhin, ihm unsere volle Anerkennung zu Theil werden zu lassen, da er auch in diesem Jahre keine Rühe geschenkt hat, für Abwechselung in den Darstellungen, sowie für recht gute Kräfte

Die heute vollzogene Verlobung unserer jüngsten Tochter Friederike mit Herrn Robert Krebs in Danzig beeilen wir uns hierdurch statt jeder besonderen Meldung ergeben zu anzeigen. (8215)
Stendix b. Berent, 31. Jan. 1867.
C. Loeschmann und Frau.

Nachdem in dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns Robert Benjamin Brunnen hier der Gemeinschuldner die Schließung eines Accords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Concursgläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf

den 11. Februar er.,

Mittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Terminszimmer Nr. 14 anberaumt worden. Die Beheiligten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hiervon in Kenntniß gesetzt. (8207)

Danzig, den 26. Januar 1867.
Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht,
Der Commissar des Concurses.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniß der Mitglieder unserer Corporation daß wir auf Donnerstag, den 14. Februar c., Nachmittags 5 Uhr, eine General-Verfammlung im Saale der Stadtverordneten anberaumt haben.

Tagesordnung:
1. Anträge auf Änderungen der §§ 26, 27, 28 und 36 (betreffend Lieferungsgeschäfte) der Allgemeinen Bedingungen beim An- und Verkauf von Getreide in Danzig. (Die von uns zustellenden Anträge können vorher in unserem Bureau eingesehen werden.)

2. Antrag auf Revisionierung des Directors der hiesigen Handels-Akademie, Herrn Professors Dr. Bobrit. (8219)

Danzig, den 31. Januar 1867.

Die Weltfest der Kaufmannschaft.
Goldschmidt. C. R. v. Frantzius.
Bischoff.

In dem Concuse über das Privatvermögen des Schneidermeisters Johann Neubert, als Mitglied der Handelsgesellschaft "Vereinigte Schneidermeister in Elbing — August Peters hier" — werden alle diejenigen, welche an die Massen Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 10. März c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 26. März 1867,

Vormittags 10½ Uhr, vor dem Commissar Herrn Kreis-Gerichts-Rath Hesner im Verhandlungszimmer Nr. 10 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird gegebenenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns befreiteten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen. Wer dies unterläßt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansehen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe Scheller, Schüler, Romahn und Rechtsanwalt v. Horckenbeck zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Elbing, den 23. Januar 1867. (8169)

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

In dem Concuse über das Privatvermögen des Schneidermeisters August Peters hier, als Mitglied der Handelsgesellschaft "Vereinigte Schneidermeister" — August Peters — hier werden alle diejenigen, welche an die Massen Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 10. März 1867 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 26. März d. J., Vorm. 10 Uhr,

vor dem Commissar, Herrn Kreis-Gerichts-Rath Hesner im Verhandlungszimmer Nr. 10 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird gegebenenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns befreiteten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansehen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe Scheller, Schüler, Romahn und Rechtsanwalt v. Horckenbeck zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Elbing, den 23. Januar 1867.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (8178)

Einige gebrauchte vorzüglich erhaltene Flügel und Pianinos sind preiswürdig zu verkaufen Breitgasse 13. (8095)

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus. Großer MASKENBALL am Sonnabend, den 2. Februar c. Anfang 8 Uhr Abds. (8185)

Aug. Seitz.

In dem Concuse über das Privatvermögen des Schneidermeisters Heinrich Müller hier als Mitglied der Handelsgesellschaft "Vereinigte Schneidermeister in Elbing" — August Peters hier — werden alle diejenigen, welche an die Massen Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 10. März d. J. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals, auf

den 26. März 1867,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Herrn Kr.-Ger.-Rath Hesner im Verhandlungszimmer Nr. 10 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns befreiteten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen. Wer dies unterläßt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansehen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Scheller, Schüler, Romahn und v. Horckenbeck zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Elbing, den 23. Januar 1867. (8177)

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

E. Doupperck, Langgasse 35. Die Handelsmarine:

der preuß. Provinzen Pommern und Preußen im Anfange des Jahres 1867. Zusammengestellt von den Experten der Stettiner See-Accuradeurs.

Preis 10 Kr. (8231)

(Postanw. lt. Br. v. 1. Febr. 1867.)
Bei Th. Anhuth, Langenmarkt No. 10, ist so eben eingetroffen:

Die Handelsmarine der preußischen Provinzen Pommern u. Preußen im Anfange des Jahres 1867. Zusammengestellt von den Experten der Stettiner See-Accuradeurs.

Preis 10 Kr. (8218)

Zur Annahme von Anträgen auf Feuer- und Lebensversicherungen bei der Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft

Providentia

und Annahme von Vieh-Versicherungen bei der Bieh-Versicherungs-Bank für Deutschland empfiehlt sich

Matthaei, (8184)

Agent in Pr. Stargardt und für den Kreis Pr. Stargardt.

Von Paris

empfing so eben eine Sendung äußerst geschmackvoller

Concert- und Theater- Hüte.

(8220)

E. Fischel.

PETROLEUM in anerkannt feinst Qualität von heute ab 6 Sgr. à Quart bei

F. E. Gossing,

vorm. O. R. Hasse,

Jopen- u. Portecheinengassen-Ecke 14.

15.000 Thlr.

sind mir zur Bestätigung in jeder beliebigen Summe zu billiger Discontirung auf Wechsel übergeben worden. Reflectanten ersuche, vertrauensvoll unter dem Versprechen der größten Discretion sich an mich zu wenden. (8193)

P. Pianowski, Poggendorf 22.

3000—4000 Kr. 1. Stelle ländl.

Danz. Gericht, zu bestätigen.

(8203)

Bach, Hundegasse 6.

Eine braune traurige englische Hühnerhündin hat sich seit dem 10. December eingefunden und kann innerhalb dreier Tage gegen Intektions- und Futterkosten abgeholt werden Altst. Graben 54.

Die Wähler des 1. und 2. Bezirks,

(Rothe Brücke, Steinschleuse, Bast. Maibloch, Motlauerbrücke, Holzschniegasse, Wallplatz, Gasanstalt, Bahnhof, Thornsche Gasse, Lazadie, St. Petri-Kirchhof, Poggendorf, Fleischergasse, Holzgasse, Trinitatis-Kirchengasse, Gertrudengasse, Katergasse und Kneiphof,) welche den in der Wähler-Versammlung vom 8. Januar c. aufgestellten Candidaten für das Norddeutsche Parlament „den Abgeordneten Zweiten“ wählen wollen, werden ersucht, sich zu einer Versprechung über die bevorstehende Wahl (8139)

Freitag, den 1. Februar c.,
Abends 7 Uhr,

im Tunnel der "Gambrinus-Halle", Kettwagerehor — Eingang unten — zahlreich einzufinden.

Das Bezirks-Comité.

Grundt, Benedix, Stelaff, Lemberg.

Dem resp. Publikum die Anzeige, daß zur Geschäfts- und Handelstabille des Danziger Wohnung-Anzeigers pro 1867 68 Annoncen und Geschäftsanzeigungen nur noch bis zum 5. Februar c. in der Exped. der Danziger Btg. Kettwagergasse 5, angenommen werden.

Eine spätere Annahme ist wegen Abschlusses des Werkes unmöglich.

Danzig, den 29. Januar 1867.

(8099)

E. Gey.

Ein brauner und ein Grauschimmel - Wallach, beide fünfjährig, stehen Reit- u. Wagenpferde, zum Verkauf am 2. Februar, Nachmittags, und am 3. Februar, Vormittags, im Gaftstalle des Hotel Marienburg, am hohen Thore. (8143)

Eine schon seit 40 Jahren bestehende

Korbwaarenfabrik

sucht auf hiesigem Platze ein solides Haus für den Verlauf seiner Artikel. Franco-Offeren unter A. T. 23 nehmen die Herren Haasestein & Vogler, Gertraudtenstr. 7 in Berlin entgegen.

Eine Wein-Grosshandlung in Stettin sucht unter günstigen Bedingungen einen zuverlässigen Agenten für Danzig und Umgegend. Offeren mit Angabe der Wirksamkeit und Empfehlungen werden sub 8158 durch die Expedition dieser Zeitung erbettet.

Eine anständige Wirthin, die mit der Landwirtschaft vertraut und in der Küche Bescheid weiß, w. für ein größeres Gut gesucht. Näheres bei A. G. Miller in Danzig, 4. Damm 8.

Ein solider junger Mann wird für ein würtmärtiges Cigarren-Geschäft sofort verlangt. Salair 10 Kr. bei freier Station. Meldungen unter No. 8165 an die Exped. dieser Btg.

Eine geprüfte Lehrerin, welche 5 und 6 Jahre auf Stellen gewesen ist und in allen Wissenschaften, in der Musik und in der franz. Sprache unterrichtet, sucht von gleich oder zum 1. April ein Engagement, entweder in der Stadt oder auf dem Lande. Adv. unter 8200 werden in der Exped. d. Btg. angenommen.

Ein anständ. u. tüchtiger Materialist, der mit den schriftlichen Comptoirarbeiten und der polnischen Sprache vertraut, kann vortheilhaft placirt werden durch

S. Matthiesen in Danzig,

Kettwagergasse No. 1.

Den hochgeehrten kaufmännischen, landwirtschaftlichen, Privat- und anderen Principalitäten hierorts u. d. Provinz empfiehlt sich zur unentbehrlichen Zuweisung resp. Engagement nach ausgegebenen Wünschen nur best gewählt. männl. u. weibl. Geschäfts-, Guts- u. Privat-Personen von höchst. bis exel. ganz gewöhnlichsten Leuten, und bittet um geschätztes Vertrauen, Wohlwollen und Aufträge das Haupt-Central-Berungs-Bureau von

M. Baeker,

Hundegasse No. 104, 1 Trp.

Eine anständige, erfahrene Frau, die die Landwirtschaft in jedem Fach gründlich versteht, wünscht auf einem größeren Gut vom 1. April oder Mai die Wirtschaft selbstständig zu übernehmen. Nur würde es ihr sehr lieb sein, könnte sie ihr 4jähriges Söhnchen bei sich behalten. Adressen in der Expedition dieser Zeitung unter No. 8010.

Heute Königberger Fleck, Frauengasse und Langebrücke No. 26, empfiehlt

A. Danneberg.

Selonke's Etablissement.

Sonnabend, den 2. Februar:

Große Vorstellung und Concert. Zum Schluss: Der lustige Schustermeister, oder das 20jährige Pappekind, komische Pantomime.

Zu der am 2. Februar stattfindenden

großen

Masken- und Karnevals-

Redoute

im Schützenhause habe ich in einem geheizten Nebenzimmer dasselbst eine elegante Garderobe und große Auswahl Gesichtslarven (von 5 Kr. an) ausgestellt.

Bis zum 2., Abends 6 Uhr, gebe ich in meinem Geschäftslatal Domino, Larve, Billet zusammen für 2 Kr.

Charles Haby.

Druck und Verlag von U. W. Kastemann
in Danzig.